

Klaus Ernst fordert Gedenken in der russischen Botschaft - Ein Aufschrei!

Klaus Ernst gedenkt in der russischen Botschaft dem Kriegsende. Debatte über Einladungen und geopolitische Verantwortung.



Russische Botschaft, Deutschland - Am 25. April 2025 hat Klaus Ernst, der bayerische Landesvorsitzende des Bündnisses Sahra Wagenknecht und Politiker des BSW, Pläne bekannt gegeben, gemeinsam mit russischen Vertretern in der russischen Botschaft an einem Empfang zum Jahrestag des Kriegsendes zu gedenken. Ernst geht davon aus, dass er zu dieser Veranstaltung eingeladen wird, und hat keine Vorbehalte gegen eine Teilnahme. In seinen Äußerungen hebt er hervor, dass die Sowjetunion entscheidend zur Befreiung Deutschlands vom Faschismus beigetragen hat und dabei die meisten Menschenleben verlor. Er betont zudem, dass zur Sowjetunion auch die Ukraine und andere heute eigenständige Staaten gehörten.

Ernst reflektiert über den Sieg gegen Hitler-Deutschland als einen Schlüsselmoment für seine persönliche Entwicklung und seine Sichtweise auf den Faschismus. Insbesondere kritisiert er die Empfehlung des Auswärtigen Amtes, staatliche Vertreter Russlands bei der Gedenkveranstaltung nicht einzuladen, welchen er als Ausdruck von Revisionismus wahrnimmt. Seiner Meinung nach wird damit eine pauschale Verdammung alles Russischen erwirkt, und er warnte, dass dies Teil von Kriegsvorbereitungen gegen Russland sein könnte.

Kritik am offiziellen Kurs

Ernst hebt hervor, dass einige den 8. Mai nicht lediglich als Tag der Befreiung, sondern auch als Niederlage betrachten. Diese Sichtweise sollte, seiner Ansicht nach, relativiert werden. Der Hintergrund für seine bedenklichen Äußerungen ist der laufende russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der seit Februar 2022 andauert und bereits große Teile der Ukraine unter russische Kontrolle gebracht hat. Laut Ernst haben beide Seiten geopolitische Schuld am Konflikt und er sieht in den Vorschlägen von US-Präsident Donald Trump eine realistische Chance auf ein Ende des Krieges in der Ukraine.

Ernst äußert auch, dass das Akzeptieren territorialer Abgaben durch die Ukraine notwendig sein könnte, um eine Friedenslösung zu finden.

Wirtschaftliche Auswirkungen des Konflikts

Unterdessen untersucht die **Bundesbank** in ihrem Monatsbericht die gesamtwirtschaftlichen Folgen einer weiteren Eskalation des Krieges. Im Szenario von sofortigem Handelsstopp mit Russland, einschließlich der Energieimporte, könnte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland bis zu fünf Prozent unter den Prognosen der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen. Zudem wird prognostiziert, dass die Inflation dauerhaft steigen könnte, mit der Möglichkeit, dass die Teuerungsrate im Jahr 2022 um 1½ und im Jahr 2023 um 2

Prozentpunkte über den EZB-Prognosen liegen könnte, vor allem aufgrund steigender Energiepreise.

Ein vollständiges Embargo könnte auch zu signifikanten Einschnitten in der Energieversorgung führen. Die Erdgaspreise könnten exorbitant steigen, während die Rohölpreise auf über 170 US-Dollar pro Fass schießen könnten. Diese Entwicklungen wirken sich nicht nur negativ auf den Einkommensspielraum der Haushalte aus, sondern drücken auch die gewerbliche Investitionstätigkeit und den privaten Konsum stark.

Das wirtschaftliche Umfeld bleibt somit angesichts des anhaltenden Konflikts und seiner weitreichenden Folgen äußerst angespannt, und Ernsts Initiativen setzen einen Fokus auf die Diskussion um Gedenken und die gegenwärtige geopolitische Lage.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Russische Botschaft, Deutschland
Quellen	• www.faz.net • www.bundesbank.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de